

Nr. 17/974**Lärmschutz an Bahnstrecken und Schienenfahrzeugen verbessern**

Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Dezember 2009
(Drucksache 17/1099)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Deutsche Bahn zu einer deutlichen Aufstockung der Mittel für das Lärmsanierungsprogramm aufzufordern, um das Ziel des lückenlosen Lärmschutzes an innerstädtischen Hauptverkehrsstrecken zu erreichen,
2. sich auf Bundesebene für eine Förderung von lärmindernden Maßnahmen an Schienenfahrzeugen und Strecken einzusetzen,
3. alle bestehenden Möglichkeiten zu nutzen, um auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass europaweit zeitnah Lärmschutzmaßnahmen umgesetzt und geräuscharme Schienenfahrzeuge eingesetzt werden,
4. auf Bundesebene auf eine Gleichbehandlung verschiedener Lärmarten durch die Abschaffung des sogenannten Schienenbonus von 5 dB(A) in der Bundes-Immissionsschutzverordnung hinzuwirken,
5. sich für eine Absenkung der Sanierungsgrenzwerte in der Bundes-Immissionsschutzverordnung auf 55 dB(A) nachts und 65 dB(A) tags einzusetzen,
6. sich für Anreize zu lärmindernden Zugzusammenstellungen einzusetzen.

Nr. 17/975**Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung und Erziehung in Bremen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. Januar 2010
(Neufassung der Drs. 17/1102 vom 09.12.09)
(Drucksache 17/1139)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 27. Januar 2010**

(Drucksache 17/1142)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 1 des Änderungsantrags zu. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 2 und 3 des Änderungsantrages ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Fachgespräch mit Experten/-innen u. a. auch aus anderen Bundesländern zu organisieren und bis Frühjahr 2010 ein Konzept zur Weiterentwicklung der Erzieher/-innenausbildung in Bremen zu erarbeiten, das den neuen Herausforderungen sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht Rechnung trägt. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass

1. sich der Bedeutungsgewinn des Bildungsaspekts in der Kindertagesbetreuung angemessen niederschlägt,

2. die Kompetenzen in der Sprachförderung eine Aufwertung erfahren und der Umgang mit Vielfalt und ihren positiven Aspekten verstärkt Beachtung erfährt,
3. die Kompetenzen für eine sozialintegrative Betreuung in den Kindergärten gestärkt werden,
4. das soziale und familiäre Umfeld stärker einzubeziehen ist und so Kompetenzen im Umgang und in der Arbeit mit den Eltern wie auch Interkulturalität einen höheren Stellenwert gewinnen,
5. die Gemeinwesenarbeit von hoher Bedeutung für eine gelingende Vernetzung im Stadtteil ist,
6. ein hohes Maß der Verzahnung von schulischer und berufspraktischer Ausbildung gewährleistet wird,
7. die Durchlässigkeit der für die Ausbildung relevanten Bildungsgänge vom Hauptschulabschluss bis zum Studium gewährleistet ist,
8. besonders qualifizierten Bewerber/-innen eine Verkürzung der Ausbildung ermöglicht wird,
9. ein einjähriges Praktikum mit einer sozialversicherungspflichtigen Arbeitszeitvergütung Teil der Ausbildung ist,
10. mehr Erzieher/-innen mit Migrationshintergrund gewonnen werden,
11. mehr Männer mit und ohne Migrationshintergrund für den Erzieherberuf gewonnen werden,
12. dass den besonderen Anforderungen an Erzieherinnen und Erzieher, die sich aus der Betreuung für Kinder im Alter von unter drei Jahren ergeben, verstärkt Rechnung getragen wird.

Nr. 17/976

Bericht über die Aktivitäten der nordmedia – Die Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH

Mitteilung des Senats vom 15. Dezember 2009
(Drucksache 17/1111)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/977

Rückforderungen gemäß Unterhaltsvorschussgesetz konsequent einfordern!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Juni 2009
(Drucksache 17/831)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/978

Rückforderungen gemäß Unterhaltsvorschussgesetz konsequent einfordern!

Mitteilung des Senats vom 15. Dezember 2009
(Drucksache 17/1113)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/979

Bremisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz

Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 2009
(Drucksache 17/970)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/980

Europäische Integrationsverantwortung wahrnehmen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU und der FDP
vom 17. Dezember 2009
(Drucksache 17/1117)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass der „Lissabon-Vertrag“ zum 1. Dezember 2009 in Kraft getreten ist. Damit wird die Europäische Union demokratischer, transparenter und handlungsfähiger.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass die deutschen Begleitgesetze in Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts die Mitwirkungs- und Kontrollrechte des Bundestages und des Bundesrates und damit ihre „Integrationsverantwortung“ stärken.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, seinerseits entsprechend Artikel 79 der Landesverfassung auch der Bürgerschaft die Mitwirkung und Wahrnehmung ihrer Integrationsverantwortung zu gewährleisten, indem er die Bürgerschaft weiterhin frühzeitig und umfassend über Vorhaben und Entwicklungen in der Europäischen Union informiert und Stellungnahmen der Bürgerschaft zur Grundlage seines europapolitischen Handelns macht.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) überträgt dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit gemäß Artikel 105 Absatz 3 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen das Recht, in Fällen einer Subsidiaritätsrüge nach Artikel 6 des „Protokolls über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“ des „Lissabon-Vertrages“ oder bei sonstigen kurzfristigen Stellungnahmen zu Bundesratsentscheidungen für die Bürgerschaft Stellung zu nehmen, wenn dies zur Einhaltung der Fristen notwendig ist.

Nr. 17/981

Gesetz zum Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Veröffentlichung von Telemedienangeboten

Mitteilung des Senats vom 22. Dezember 2009
(Drucksache 17/1118)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 17/982

Geschlossene Heimunterbringung für delinquente Kinder und Jugendliche

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann (parteilos)
vom 4. Januar 2010
(Drucksache 17/1121)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/983

Wahl eines Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sandra Speckert

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Hartmut Perschau zum Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Nr. 17/984

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses Krankenhäuser im Land Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Rainer B e n s c h

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Hartmut Perschau zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses Krankenhäuser im Lande Bremen.

Nr. 17/985

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Kultur

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Claas R o h m e y e r

anstelle des verstorbenen Deputierten Reinhard Metz zum Mitglied der staatlichen Deputation für Kultur.

Nr. 17/986

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 30 vom 19. Januar 2010

(Drucksache 17/1125)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/987

Nichtständiger Ausschuss „Zukunft der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland“

Antrag der Fraktion der FDP

vom 27. Januar 2010

(Neufassung der Drs. 17/978 vom 03.11.09)

(Drucksache 17/1143)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/988

Bremen als solidarisches und demokratisches Gemeinwesen erhalten – landes- und kommunalpolitische Handlungsfähigkeit wiederherstellen

Antrag der Fraktion DIE LINKE.

vom 8. Dezember 2009

(Drucksache 17/1095)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/989

Nichtständiger Ausschuss „Umsetzung der Föderalismusreform II im Land Bremen“

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 15. Dezember 2009

(Drucksache 17/1110)

1. Gemäß § 63 Geschäftsordnung der Bürgerschaft wird ein nichtständiger Ausschuss „Umsetzung der Föderalismusreform II im Land Bremen“ eingesetzt.

2. Der Ausschuss hat die Aufgabe,
 - sich vom Senat zeitnah über die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Konsolidierungsvereinbarung berichten zu lassen;
 - Szenarien des Konsolidierungsweges zu prüfen und Konsequenzen daraus zu formulieren.
3. Der nichtständige Ausschuss wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) zu den wieder aufzunehmenden Haushaltsberatungen 2011 schriftlich einen ersten Zwischenbericht der Beratungen zu erstatten.
4. Der nichtständige Ausschuss besteht aus elf Mitgliedern und elf stellvertretenden Mitgliedern.

Nr. 17/990

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des nichtständigen Ausschusses „Umsetzung der Föderalismusreform II im Land Bremen“

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des nichtständigen Ausschusses „Umsetzung der Föderalismusreform II im Land Bremen“:

Mitglieder	Stellvertreter/-innen
Busch, Birgit (SPD)	Dennhardt, Jens (SPD)
Günthner, Martin (SPD)	Hiller, Ulrike (SPD)
Kummer, Uta (SPD)	Liess, Max (SPD)
Weber, Christian (SPD)	Schildt, Frank (SPD)
Ahrens, Sandra (CDU)	Hinners, Wilhelm (CDU)
Bödeker, Paul (CDU)	Speckert, Sandra (CDU)
Dr. Schrörs, Wolfgang (CDU)	Strohmann, Heiko (CDU)
Dr. Güldner, Matthias (Bündnis 90/Die Grünen)	Fecker, Björn (Bündnis 90/Die Grünen)
Dr. Kuhn, Hermann (Bündnis 90/Die Grünen)	Stahmann, Anja (Bündnis 90/Die Grünen)
Rupp, Klaus-Rainer (DIE LINKE.)	Beilken, Jost (DIE LINKE.)
Woltemath, Uwe (FDP)	Dr. Buhkert, Magnus (FDP)

Nr. 17/991

31. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz vom 27. Februar 2009

(Drucksache 17/706)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 31. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

Nr. 17/992

Stellungnahme des Senats zum 31. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 25. August 2009
(Drucksache 17/903)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 31. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

Nr. 17/993

Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zum 31. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz vom 27. Februar 2009 (Drs. 17/706) und zur Stellungnahme des Senats vom 25. August 2009 (Drs. 17/903) vom 30. November 2009

(Drucksache 17/1075)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten Kenntnis.

Nr. 17/994

Dritter Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 27. Februar 2009

(Drucksache 17/707)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 3. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 17/995

Stellungnahme des Senats zum Dritten Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit

Mitteilung des Senats vom 25. August 2009

(Drucksache 17/904)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 3. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 17/996

Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zum Dritten Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 27. Februar 2009 (Drs. 17/707) und zur Stellungnahme des Senats vom 25. August 2009 (Drs. 17/904) vom 30. November 2009

(Drucksache 17/1076)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten Kenntnis.

Nr. 17/997

Mieterschutz sichern – Bremen lehnt unsoziale Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung ab

Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE LINKE.

vom 20. Januar 2010

(Drucksache 17/1130)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Entschließungsantrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bau und Verkehr.

Nr. 17/998

Keine Lohnsenkung im Hafen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 21. Januar 2010
(Drucksache 17/1134)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/999

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Bau und Verkehr

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Herrn Joachim F e l d m a n n

anstelle des Abgeordneten Heiko Strohmänn zum Mitglied der staatlichen Deputation für Bau und Verkehr.

